

Wülfrath, den 01.02.2022

Anfrage an den Sozialausschuss am 16.02.2022 zu den Auswirkungen der stark steigenden Energiepreise

Explodierende Energiekosten belasten derzeit viele Haushalte. Besonders hart trifft diese Entwicklung u.a. Bezieher:innen von Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch II. Sie müssen für ihre jährliche Stromrechnung im Durchschnitt 162 € mehr ausgeben, als das Arbeitslosengeld II berücksichtigt. Somit liegen die zusätzlichen Kosten fast 40 Prozent über dem Betrag, den die Pauschale abdeckt!

1. Laut des Monitoringberichts 2021 der Bundesnetzagentur lag die Zahl der Sperrandrohungen von Stromlieferanten bundesweit bei etwa 4,2 Mio. von denen ca. 696 Tsd. in eine Sperrbeauftragung beim zuständigen Netzbetreiber mündeten. Liegen der Kreisverwaltung Erkenntnisse vor, wie viele Menschen im Kreis Mettmann von Sperrandrohungen bzw. Stromsperrungen betroffen waren?
2. Welche Möglichkeiten nutzt der Kreis Mettmann um den betroffenen Personenkreis zu unterstützen?
3. Gibt es aufgrund der aktuellen Energiepreisentwicklungen Überlegungen gemeinsam mit den kreisangehörigen Städten Unterstützungsangebote auszubauen?

Zum 01.12.2021 ist die „Verordnung zur Anpassung der Stromgrundversorgungsverordnung und der Gasgrundversorgungsverordnung“ ([BGBl. vom 30.11.2021](#)) in Kraft getreten. Der Grundversorger muss nun u.a. darauf hinweisen, dass er spätestens mit der Sperrankündigung eine Ratenzahlungsvereinbarung („Abwendungsvereinbarung“) anzubieten hat. Zudem wurde der Schwellenwert, ab dem eine Sperre zulässig ist, von 100 € auf das Doppelte des monatlichen Abschlags oder einem Sechstel der voraussichtlichen Jahresrechnung angehoben.

4. Werden solche gesetzlichen Änderungen (Schutzvorschriften) seitens des Kreises (Jobcenter ME-aktiv) den Leistungsberechtigten zur Kenntnis gebracht (Infoblätter, Broschüre, Hinweis auf der Homepage des Jobcenters)?

Die Anschaffung energieeffizienter Geräte kann langfristig helfen, die Stromkosten zu senken. In der Regel sind diese mit höheren Anschaffungskosten verbunden, die von Bezieher:innen von ALG II und Sozialhilfe kaum aufgebracht werden können.

5. Verfolgt der Kreis Mettmann gemeinsam mit dem Jobcenter ME-aktiv und/oder kommunalen Stromanbietern für die Anschaffung energieeffizienter Geräte ein Förderprogramm aufzulegen?

Letztlich können Familien, die ihre Stromrechnung nicht mehr begleichen können am allgemeinen gesellschaftlichen Leben teilhaben. Leidtragend sind einmal mehr die Kinder und Jugendlichen. Ohne Strom ist von Zuhause aus für Schüler:innen kein digitales Arbeiten (Recherche für Hausarbeiten, digitale Nachhilfe, Nutzung digitaler Lernangebote) möglich.

6. Welche Möglichkeiten sieht der Kreis als Träger der Berufskollegs und der Förder-schulen vor, Schüler:innen den Zugang zu digitalen Lernstrukturen außerhalb des Regelunterrichts zu ermöglichen?

Während Stromkosten aus der Regelleistung erbracht werden müssen, sehen die Kosten der Unterkunft eine Übernahme angemessener Heizkosten vor. Vor diesen Hintergrund bitte ich um Beantwortung nachfolgender Fragen:

7. Wurde aufgrund der sich bereits im vergangenen Jahr abzeichnenden Heizkostenerhöhungen, die Berechnung der Angemessenheitsrichtwerte angepasst?

Nach der Rechtsprechung des Bundessozialgerichts hat mindestens alle zwei Jahre eine Überprüfung und Anpassung der Mietsätze zu erfolgen. Die Fortschreibung des Schlüssigen Konzepts zu den Kosten der Unterkunft und Heizung, welche auf der Seite des Jobcenters ME-aktiv veröffentlicht ist, fußt auf den Stand 01.01.2020

(Quelle: https://www.jobcenter-me-aktiv.de/common/library/dbt/sections/_uploaded/Angemessenheitsrichtwerte_1.pdf).

8. Zu welchem Zeitpunkt wurde eine Fortschreibung in Auftrag gegeben und wann werden die Ergebnisse veröffentlicht?
9. Ist eine Präsentation der Berechnungen und sich daraus ergebenden Nettokaltmieten sowie der Nebenkosten im Sozialausschuss vorgesehen? Wenn nein, können die Berechnungsgrundlagen eingesehen bzw. als PDF-Datei zu Protokoll gegeben werden?
10. Hat der Kreis eine Schätzung vorgenommen, welche Kosten aufgrund der steigenden Gaspreise, vom Jobcenter zu übernehmen sind und sich so entsprechend im Kreishaushalt widerspiegeln?
11. Ist aufgrund steigender Transferleistungen mit einem Nachtragshaushalt zu rechnen?

1. Lide